



## **Rede des AfD-Fraktionsvorsitzenden, Christoph Högel, zum eingebrachten Haushaltsplan 2021 im Kreistag des Bodenseekreises am 17.12.2020**

Sehr geehrter Herr Landrat Wölfle,  
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung,  
liebe Kolleginnen und Kollegen des Kreistages  
und werte anwesende Pressevertreter,

wie auch letztes Jahr möchte ich heute zu Beginn meiner Rede etwas  
Allgemeines zum Geschehen in diesem Jahr sagen. Seit Anfang des  
Jahres gibt es ein großes, dominierendes Thema, über das die Welt  
tagtäglich spricht. C o r o n a !

Dieses Virus ist nach den bisherigen Erkenntnissen sehr wohl  
gefährlicher als die bekannte Influenza. Dies liegt sicherlich an der  
Spezifika des Virus' einerseits, andererseits wohl daran, dass es in der  
Bevölkerung keine umfassende Grundimmunität gegen das neue  
Corona-Virus gibt. Die Sterblichkeit liegt, nach derzeitigen  
wissenschaftlichen Erkenntnissen, bei 0,25 – 0,3%. Bei der Grippe  
liegen wir bei 0,05%.

Ich möchte das Virus keinesfalls verharmlosen und betonen das Sars-  
CoV2 in dessen derzeitiger Gefährlichkeit nicht eins zu eins mit dem  
Grippevirus vergleichbar ist, aber dennoch feststellen, dass wir es hier



nicht mit einem Killervirus, wie beispielsweise Ebola zu tun haben. Das Ebolavirus hat, je nach Typ, eine Sterblichkeit von 30 bis 90%.

Herr Landrat, sie sagten in ihrer Haushaltsrede, dass es gar keine klare Strategie gegen das Virus geben kann, da zu wenig über das Virus bekannt sei. Das muss ich doch stark in Zweifel ziehen, wo wir mittlerweile in einigen Ländern einen zugelassenen Impfstoff gegen das Virus haben und Fachleute weltweit immer mehr Kenntnisse über erfolgreiche Behandlungen und Medikamente im Kampf gegen schwere Krankheitsverläufe erlangen.

Auch über die Infektionswege wissen wir mittlerweile relativ gut Bescheid. So veröffentlichte das Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg Ende Oktober Zahlen zu den häufigsten Infektionsorten. Mit 29% fanden die mit Abstand meisten Infektionen im Privaten Haushalt statt, also dort wo die Menschen mittlerweile eine gewisse Müdigkeit beim Schutz vor einer Ansteckung erkennen lassen. In der Freizeit sind es 12%, am Arbeitsplatz 8%.

In der Schule dagegen fanden nur 3,3% der Ansteckungen statt, in Vereinen 2,5%, in Hotels, Herbergen und Pensionen 0,2%, in Restaurants 1,2% und im Hort oder Kindergarten 0,4%.

Was macht die Regierung? Sie schließt zunächst mit dem „Lockdown-light“, beispielhaft genau die Bereiche, die die geringsten Infektionen zeigten und die geforderten Hygiene- und Abstandsgebote penibel



genau einhielten und teils hohe Summen dafür investiert haben, um dann wiederum vor wenigen Tagen zu merken, dass sie Zahlen nicht runtergehen, um anschließend den kompletten „Lockdown“ zu beschließen, der unsere Wirtschaft und den Haushalt der Bundesrepublik vollends ruiniert. Zwar ist bei 30 % aller Infektionen der genaue Infektionsort nicht bekannt, jedoch dürften sich die Verteilung deshalb nicht radikal verändern.

Wenn man so, wie die Politiker unserer Führung auf Landes- und Bundesebene eine Firma führen würde, wäre diese längst pleite. Eine Politik von Lockdown zu Lockdown ohne erkennbar langfristige Strategie.

Wir brauchen keinen weiteren Lockdown. Was fehlt sind zielgerichtete und damit wirksame Maßnahmen. In der Altersgruppe ab 60 steigen die Infektionen überproportional an, ab 85 Jahren dramatisch. Bei den über 85-Jährigen liegt die Inzidenz mittlerweile bei 287, bei den über 90-Jährigen bei 494. Herr Landrat auch bei uns im Bodenseekreis kommt mir der Schutz von Risikogruppen deutlich zu kurz. Wir sind in der Lage, Massentests für Gastarbeiter oder Reiserückkehrer anzuordnen, aber kriegen es nicht hin, die Besucher, Pfleger und Bewohner von Altenheimen auf Corona untersuchen zu lassen.

Dennoch, bei aller Kritik möchte ich ihnen und ihrem fleißigen Team im Landratsamt „Danke“ sagen. Danke für ihren Einsatz im Kampf um die Kontrolle über das Virus. Wir von der AfD sind uns natürlich trotzdem



bewusst, welche außergewöhnlichen Aufgaben und Arbeitsbelastung im vergangenen Jahr zu stemmen war. Gerade die Kontaktnachverfolgung war und ist eine Mammutaufgabe, die sie allerdings durch ihre enormen Kraftanstrengungen bisher sehr erfolgreich gemeistert haben. Dafür ein herzliches Dankeschön.

Im Bodenseekreis ist die Steuerkraftsumme im zurückliegenden Jahr um 10 Mio. Euro gesunken, die Arbeitslosenzahl um fast 38% gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen. Allein das ist ein bitterer Vorgeschmack auf das Frühjahr, da uns vorhersehbar durch das Wiedereinsetzen der Insolvenzantragspflicht eine Welle von Pleiten ins Haus stehen, die auch gesunden Unternehmen gefährlich werden können. Ob die beispiellosen finanziellen Hilfen von Bund und Land im kommenden Jahr noch einmal so üppig ausfallen werden, wie im Jahr 2020, darf bezweifelt werden. Auch deshalb hätten wir uns gewünscht, dass der Kreistag sich zu einer noch strikteren Sparpolitik durchringt.

Vor allem beim Thema Personalkosten werden wir aus unserer Sicht in den nächsten Monaten Überlegungen anstellen müssen, wie wir hier eine Deckelung der Personalkosten für die nächsten Jahre vornehmen.

In den nächsten Jahren kommen enorme Investitionen auf den Landkreis zu, die schon ohne diese coronabedingten Haushaltsrisiken mit Eigenmitteln nicht finanzierbar sein werden. Genannt sei hier die Flughafenrettung mit fast 12 Mio. Euro, 6,4 Mio. Euro für Planungskosten zur Elektrifizierung der Bodenseegürtelbahn,



Ortsumfahrung Meckenbeuren B30 und Neubau B31 zw. Meersburg und Immenstaad, ÖPNV-Verbesserungen in Millionenhöhe, BSZ-Überlingen, Breitbandausbau, Neubau Landratsamt usw. Dennoch stehen wir fest zu diesen Maßnahmen, da sie die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschafts- und Tourismusregion zum Ziel haben und damit Arbeitsplätze sichern.

Vor allem stehen wir zu den stetigen Investitionen in unsere Schulen. Dies beweisen wir auch kommendes Jahr wieder mit Investitionen von 11,5 Mio Euro ins BZM Markdorf. Derartige auch nachweislich notwendige Investitionen in den Bereich Bildung haben für die Gesellschaft einen enorm hohen Mehrwert.

Fair und anständig sind wir richtigerweise gegenüber der Städte und Gemeinden. Die Kreisumlage soll bei 30,8 Prozentpunkten belassen werden. Sind die kleineren Kommunen schon in wirtschaftlich guten Zeiten kaum in der Lage, ihre Pflichtaufgaben, geschweige denn große gestalterische Aufgaben wahrzunehmen, steht ihnen in diesen Zeiten wegen eingebrochener Gewerbesteuer das Wasser bis zum Hals.

Bei den Erträgen durch die Grunderwerbssteuer sehen wir nach wie vor ein großes Fragezeichen. Diesen erwarteten Betrag um 3 Mio. Euro zu erhöhen ist mutig. Wie lange hält die Immobilienblase noch? Ein Einbruch bei der Grunderwerbssteuer droht in den Jahren ab 2022, da sich Krisen immer erst mit einigen Jahren Verzögerung auf den Immobilienmarkt auswirken.



Erfreulich für den Landkreis sind sicherlich die 4,7 Mio Euro Mehreinnahmen durch die Gesellschafterausschüttung des Zweckverbands der Oberschwäbischen Elektrizitätswerke. Ermöglicht wird das durch staatliche Umverteilung in Form von Subventionen für Erneuerbare Energien, weg von den Grundlastfähigen Energieträgern Kohle und Atomkraft, was wiederum der kleine Bürger aus seiner Tasche zahlen muss. So ist der Strompreis in den letzten 10-Jahren um 65% gestiegen. Mussten die Stromkunden im Jahr 2010 noch 9,67 Cent pro Kilowattstunde für die staatlich veranlassten Preisbestandteile bezahlen, ist dieser Betrag mittlerweile auf 15,98 Cent gestiegen. Den Bürger dürfte das nicht erfreuen.

Kritisch sehen wir nationale, aber vor allem regionale Maßnahmen beim Engagements zum Klimaschutz. Diese sind teuer und nicht zielführend weil wir den Fehler machen, immer nur die Nachfrageseite zu betrachten. Betrachten wir mal die Angebotsseite, die fossilen Brennstoffe. Was passiert, wenn Deutschland seine Nachfrage verringert? Oder eine Gruppe wie die EU? Wo bleiben diese Brennstoffe, die wir jetzt nicht mehr kaufen?

Dazu sagt der ehemalige Ifo-Chef und Topökonom Hans Werner Sinn: „[...] Angenommen, wir verzichten in Deutschland darauf und stellen alles auf E-Mobilität auf der Basis von neuem Grünstrom um. Glauben Sie denn, dass die Ölscheichs das Öl in der Erde lassen? Warum sollten sie das tun? Ich vermute eher, dass der Preisverfall, den unsere



Nachfrageeinschränkung auf den Weltmärkten verursacht, die Scheichs veranlasst, noch mehr zu fördern, denn sie brauchen ja das Geld, um ihren Hofstaat zu finanzieren. Und leider wird alles verbrannt, was gefördert wird [...].

Die Extraktionskosten für die Scheichs liegen bei drei bis vier Dollar pro Barrel inklusive Explorationskosten. Der Weltmarktpreis schwankt zwischen 60 und 140 Dollar. So weit, dass die Extraktion sich nicht mehr lohnt, können Sie den Ölpreis gar nicht drücken, denn dieser Preis ist ein reiner Knappheitspreis, der im Gegensatz zu den Preisen produzierter Güter nicht durch die Erzeugungskosten bestimmt wird.“

Die 1 Mio Euro im Haushalt für das klimapolitische Handlungspapier macht also wenn überhaupt Sinn wenn man dieses Geld für die Klimafolgenanpassung ausgibt. Ansonsten ist es nutzlos.

Auch wenn wir teils vehement und emotional für unsere Überzeugungen eingetreten sind und mit mancher Entscheidung im Gremium nicht einverstanden waren, so haben wir häufig auch einstimmige Beschlüsse gefasst. Auch das möchte ich zum Schluss noch erwähnen.

Wir danken allen Beteiligten, die bei der Erstellung des Haushaltsplans mitgewirkt haben und freuen uns auf ein spannendes Jahr 2021, in dem die Thematik Corona hoffentlich langsam aber stetig etwas an Brisanz verliert. Es wäre uns allen zu wünschen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.